S 195 SO 2948/13

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Berlin-Brandenburg
Sozialgericht	Landessozialgericht Berlin-Brandenburg
Sachgebiet	Sozialhilfe
Abteilung	15
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – Übermittlung der Leistung an die Wohnung – Wohnsitzbegriff – qualifizierte Schickschuld, modifizierte Bringschuld – Wünsche des Berechtigten oder Verpflichteten
Leitsätze	Unter Wohnsitz im Sinne des § 47 SGB I ist nicht die Wohnung, sondern die kleinste politische Einheit, in der Regel die Gemeinde, zu verstehen. Insoweit weicht der sozialrechtliche Begriff des Wohnsitzes nicht von dem des § 7 BGB ab. Ein Anspruch auf Übermittlung der Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung direkt an die Wohnung kommt daher in der Regel nicht in Betracht. Nur in Ausnahmefällen, bei krankheitsbedingter schwerer Einschränkung der Bewegungsfähigkeit, kann ein solcher Anspruch gegeben sein.
Normenkette	SGB 1 § 30 SGB 1 § 33 SGB 1 § 47 BGB § 7 BGB § 270 AO § 8 SGG § 55
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 195 SO 2948/13
Datum	09.08.2016
2. Instanz	
Aktenzeichen	L 15 SO 245/16
Datum	13.02.2020

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des KlÄxgers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Berlin vom 9. August 2016 wird zurÄ¼ckgewiesen. AuÄ¼ergerichtliche Kosten sind auch fÄ¼r das Berufungsverfahren nicht zu erstatten. Die Revision wird zugelassen.

Tatbestand:

Der KlÄxger begehrt die Zahlung seiner Sozialhilfeleistungen (Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung â GruSi -) per Verrechnungsscheck, Zahlungsanweisung zur Verrechnung oder Postanweisung direkt an seine Wohnung.

Der 1937 geborene, also jetzt 82 Jahre alte KlÄxger wohnt in der Hstr., B, NÄ¼he U-Bahnhof B. Er bezieht von der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Berlin-Brandenburg eine Altersrente. Weiter bezieht er seit Jahren ergÄ¼nzend GruSi. Seit dem Jahr 2009 war fÄ¼r ihn ein Grad der Behinderung (GdB) von 30 und ab dem 28. Januar 2016 ist ein GdB von 60 sowie das Merkzeichen "G" (erhebliche BeeintrÄ¼chtigung der BewegungsfÄ¼higkeit im StraÄ¼enverkehr) festgestellt.

Mit Eingang bei dem Beklagten am 31. Januar 2013 stellte der KlÄxger einen Antrag auf Ä¼bersendung seiner Sozialleistungen per Scheck. Er sei mal wieder gefallen und nicht gut zu FuÄ¼. Hierauf antwortete der Beklagte mit Schreiben vom 6. Februar 2013, eine Scheckzahlung sei aus KostengrÄ¼nden nicht mÄ¼glich. Diese koste fÄ¼r die ersten 50 Euro 6,50 Euro und fÄ¼r weitere angefangene 50 Euro jeweils 0,65 Euro. Nachdem der KlÄxger auf die Regelung des [Ä 47](#) Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) hingewiesen hatte, die ihm ein Wahlrecht gebe, teilte ihm der Beklagte mit Schreiben vom 18. Februar 2013 erneut mit, dass dies nicht in Betracht komme. Mit Wohnsitz im Sinne der genannten Vorschrift sei nur der Wohnort, nicht die Wohnung gemeint. Mit Schreiben vom 26. Februar 2013 beehrte der KlÄxger die Zahlung der GruSi an seine Wohnadresse, und zwar per Postanweisung. Hierauf antwortete der Beklagte mit Schreiben vom 1. MÄ¼rz 2013, die Zahlung der GruSi per Postanweisung sei nicht mÄ¼glich. Der Bezirk habe sich schon vor ein paar Jahren entschieden, keine Postbarauszahlungen mehr anzubieten. Die buchungstechnischen MÄ¼glichkeiten seien auch nicht mehr gegeben. Der KlÄxger solle prÄ¼fen, ob er nicht doch ein Konto einrichten wolle.

Am 6. MÄ¼rz 2013 teilte der KlÄxger mit, dass er die Zahlung per Scheck begehre. Die Kosten Ä¼bernahme er "natÄ¼rlich". Seine Rente werde ihm auch auf diese Weise Ä¼berwiesen. Mit Bescheid vom 8. MÄ¼rz 2013 lehnte der Beklagte die Auszahlung der GruSi per Postanweisung ab. Die BehÄ¼rde werde der Vorschrift des [Ä 47 SGB I](#) gerecht, wenn sie anbiete, entweder Geld auf ein Konto zu Ä¼berweisen oder eine Barauszahlung in den RÄ¼umen der BehÄ¼rde vorzunehmen. Nach gÄ¼ngiger Rechtsprechung bestÄ¼nde kein Anspruch auf Ä¼berbringung der Leistung in die Wohnung des EmpfÄ¼ngers.

Zur Begründung seines am 26. März 2013 bei dem Beklagten eingegangenen Widerspruches trug der Kläger vor, er könne kein Pfändungsschutzkonto in Anspruch nehmen, die Kosten hierfür seien auch im Regelsatz nicht enthalten.

Es findet sich in den Akten des Beklagten der Bericht einer Mitarbeiterin des Sozialdienstes des Beklagten vom 9. April 2013. Sie habe im März und April 2013 dreimal versucht, den Kläger in seiner Wohnung aufzusuchen. Dies sei jedoch nicht geklärt. Nachbarn hätten mitgeteilt, dass der Kläger häufig unterwegs sei, ohne Hilfsmittel gehe und sich mit Einkäufen versorge. Der Kläger wohne im 3. Obergeschoss ohne Fahrstuhl.

Mit Widerspruchsbescheid vom 16. Oktober 2013 wies der Beklagte den Widerspruch zurück. Der Kläger habe einen Antrag auf (kostenfreie) Auszahlung der GruSi per Postanweisung oder persönlich an seine Wohnung gestellt. Gemäß [§ 47 SGB I](#) könne eine Übermittlung an die Wohnung nicht verlangt werden. Der Sozialhilfeträger werde seiner Bringschuld gerecht, wenn der Empfänger das Geld im Rathaus abholen könne. Es bestehe kein Anspruch auf Auszahlung der Leistungen per Postanweisung oder persönlich per Scheck. Der Kläger sei lediglich behindert mit einem GdB von 30 ohne die Merkzeichen G oder aG [außer gewöhnliche Gehbehinderung], eine Gehbehinderung liege aber nicht vor. Der Kläger könne sich ein Konto einrichten lassen.

Mit der am 15. November 2013 bei dem Sozialgericht Berlin eingegangenen Klage hat der Kläger sein Begehren, die Zahlung der GruSi per Scheck oder durch Zahlungsanweisung zur Verrechnung durch die Postbank oder die Landeszentralbank, weiterverfolgt. Der Beklagte werde seiner Bringschuld nicht gerecht. Bei der Übermittlung der Leistungen habe der Beklagte [§ 33 SGB I](#) zu beachten, denn das Übermittlungsrisiko trage der Leistungsträger. Danach seien bei der Ausgestaltung von Rechten und Pflichten die persönlichen Verhältnisse des Berechtigten, sein Bedarf, seine Leistungsfähigkeit sowie die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Wünschen des Berechtigten solle entsprochen werden, soweit sie angemessen seien. Demzufolge sei für die Frage, wie der Beklagte die Leistungen an ihn zu übermitteln habe, eine Einzelfallabwägung vorzunehmen. Er habe bereits vorgetragen, dass er an gesundheitlichen Einschränkungen leide, die eine Abholung der Leistungen bei Barauszahlung beim Beklagten unzumutbar erscheinen ließen. Er leide an chronischen, starken Kopfschmerzen (Migräne), die ihn teilweise über mehrere Wochen begleiteten, einer Gangstörung bei Gleichgewichtsstörungen (vaskuläre Enzephalopathie), Schwindel, Fallneigung, Funktionsstörungen bzw. Gelenkfunktionsstörungen bei Schmerzen in der Halswirbelsäule, Funktionsbehinderungen bzw. Schmerzen in den Schultergelenken, schmerzhafter Fehlstellung des Fußes, beidseitiger Schwerhörigkeit, Ohrgeräuschen, beidseitiger Sehbehinderung (grüner Star), arterieller Hypertonie, Linksherzhypertrophie und einer Aortenektasie. Er hat hierfür verschiedene Atteste bzw. ärztliche Berichte, Überweisungsscheine und Heilmittelverordnungen angeklagt, die jedoch tatsächlich nicht vorgelegt worden sind. Er sei auf den rechtzeitigen Erhalt der Leistung angewiesen, damit er sein Existenzminimum decken könne. Er verfüge nicht über einen Vertrauten,

der fr ihn die Barauszahlung entgegennehmen wrde. Auf der anderen Seite sei nicht dargetan, welchem Aufwand der Beklagte tatschlich ausgesetzt sei, wenn er, wie die Rentenversicherung es praktiziere, einen Scheck ausstellen und an ihn senden msse. Es werde bestritten, dass dies einen unangemessenen Mehraufwand bedeute.

Mit Bescheid vom 10. Dezember 2013 bewilligte der Beklagte dem Klger GruSi fr die Zeit von Februar 2013 bis Januar 2014. Der Klger hat die GruSi fr diesen Zeitraum tatschlich erhalten. Er hat sich auch eine Nachzahlung am 23. Januar 2014 in bar beim Beklagten auszahlen lassen.

Mit Gerichtsbescheid vom 9. August 2016 hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen. Aus [47 Abs. 1 SGB I](#) ergebe sich zunchst, dass die berweisung der Rentenzahlung auf das Konto des Berechtigten bei einem Geldinstitut im Inland der Normalfall sei und eine Barauszahlung der Sozialhilfeleistungen die Ausnahme darstelle. Nachrangig, auf Verlangen des Empfngers, sehe die Vorschrift die bermittlung an den Wohnsitz vor. Wie sich aus [30 Abs. 3 Satz 1 SGB I](#) i. V. m. [7 Abs. 1 Brgerliches Gesetzbuch \(BGB\)](#) ergebe, meine "Wohnsitz" dabei nicht die Wohnung des Leistungsempfngers, sondern den Ort, an dem er eine Wohnung inne habe. Zwar setze der Wohnsitz das Vorhandensein einer Wohnung voraus, es sei aber nicht mit dieser identisch. "bermitteln" erfasse auch das Bereitstellen des Geldes z.B. bei einer Verwaltungsstelle (Zahlstelle) am Wohnsitz des Berechtigten. Ein Geldzustelldienst knne nicht beansprucht werden (Hinweis auf das Urteil des Landessozialgerichts LSG Baden-Wrttemberg vom 16. April 2013, Az. [L 11 R 190/12](#), dokumentiert in juris). Indem der Beklagte dem Klger die GruSi im Sozialamt des Bezirks von Berlin auszahle, bermittle er das Geld also im Sinne der Vorschrift an den Wohnsitz des Klgers. Etwas anderes, etwa die bermittlung an die Wohnung selbst oder das bersenden eines Verrechnungsschecks, knne der Klger nach dieser Vorschrift grundstzlich nicht verlangen. Dennoch erscheine es nicht ausgeschlossen, dass im Einzelfall wegen besonderer Umstnde entsprechend [33 Satz 2 SGB I](#) eine andere Auszahlungsmodalitt nach dem Wunsch des Leistungsempfngers vorgenommen werden knne. [33 SGB I](#) regle fr den Fall, dass der Inhalt von Rechten oder Pflichten nach Art oder Umfang nicht im einzelnen bestimmt sei, dass bei ihrer Ausgestaltung die persnlichen Verhltnisse des Berechtigten oder Verpflichteten, sein Bedarf und seine Leistungsfhigkeit sowie die rtlichen Verhltnisse zu bercksichtigen seien, soweit Rechtsvorschriften nicht entgegenstnden. Dabei solle den Wnschen des Berechtigten oder Verpflichteten entsprochen werden, soweit sie angemessen seien.

Hier erscheine eine Ausnahme jedoch nicht angezeigt. Die Wnsche des Klgers erschienen nicht angemessen im Sinne des [33 Satz 2 SGB I](#), da besondere Umstnde, die die Situation des Klgers von der anderer Leistungsempfnger wesentlich unterscheide, nicht dargetan worden seien. Zunchst habe der Klger bereits nicht ausreichend dargelegt, weshalb es ihm nicht mglich sei, ein Konto zu erffnen. Ihm sei die Mglichkeit der ffnung eines Pfndungsschutzkontos aufgezeigt worden. Dass hierbei von Seiten der Bank Gebhren fr die Erffnung bzw. das Fhren des Kontos erhoben wrden, rechtfertige nicht die

Auszahlung der Leistungen per Scheck oder Postanweisung. Auch wenn die tatsächlichen Kontoeröffnungs- und Führungskosten den im Regelsatz hierfür enthaltenen Betrag um 1,95 Euro monatlich übersteigen sollten, so reiche dieser Vortrag nicht aus, um darzulegen, dass die Kontoführung dem Kläger aus wirtschaftlichen Gründen nicht zumutbar sei. Den Beziehern von GruSi werde grundsätzlich auch zugemutet, Umschichtungen zwischen den einzelnen im Regelsatz vorgesehenen Abteilungen vorzunehmen. Da der Kläger nach seinem Vortrag sehr zurückgezogen lebe, wenig Sozialleben habe und nicht an kulturellen Veranstaltungen teilnehme, erscheine es zumutbar, die höheren Kosten von 1,95 Euro z.B. aus dem hierfür vorgesehenen Anteil des Regelsatzes in Höhe von 39,96 Euro zu bestreiten.

Ferner seien auch keine gesundheitlichen Probleme dargetan worden, die eine Auszahlung der Leistungen im Sozialamt des Beklagten völlig unzumutbar erscheinen ließen. Der Kläger habe lediglich einen GdB von 30. Die Merkzeichen "G" oder "aG" seien nicht eingetragen. Eine schwerwiegende Gehbehinderung gehe auch aus den eingereichten ärztlichen Attesten nicht eindeutig hervor. Es sei darüber hinaus anzumerken, dass die Leistungen der GruSi nach dem Zweiften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) an Personen gewährt würden, die aufgrund von Behinderung oder Krankheit dauerhaft voll erwerbsgemindert seien oder die eine bestimmte Altersgrenze erreicht hätten. Es handele sich also per se um einen Personenkreis, der aufgrund des Alters oder gesundheitlicher Probleme unter körperlichen Beeinträchtigungen leide. Dennoch habe der Gesetzgeber für diesen Personenkreis keine besondere Vorschrift vorgesehen, die die Auszahlung der Leistungen an der Wohnung der Empfänger vorsehe. Hierfür bedurfte es also von dem Durchschnitt der Leistungsempfänger besonders stark abweichender Umstände, die hier nicht dargetan worden seien.

Schließlich sei anzumerken, dass auch die Übersendung eines Verrechnungsschecks bzw. die Postanweisung nicht dazu führten, dass der Kläger die Wohnung zur Entgegennahme seiner Leistungen nicht verlassen müsste. Vielmehr sei es auch hier erforderlich, zum Einlösen des Schecks eine Bank aufzusuchen bzw. das Geld bei der Postfiliale abzuholen. Warum es dem Kläger aber möglich sei, die Post bzw. eine Bank aufzusuchen, nicht aber bei dem Beklagten zur Entgegennahme der Leistungen vorzusprechen, sei nicht dargetan worden.

Gegen den am 15. August 2016 zugestellten Gerichtsbescheid hat der Kläger am 13. September 2016 Berufung bei dem Landessozialgericht Berlin-Brandenburg eingelegt. Er verweist darauf, dass ihm seit dem 28. Januar 2016 das Merkzeichen "G" zuerkannt sei. Der geltend gemachte Anspruch ergebe sich aus [§ 47 SGB I](#). Die Leistungen müssten auf seinen Wunsch an seine Wohnanschrift übermittelt werden. Wohnsitz sei immer die persönliche Adresse und nicht etwa die Stadt oder Gemeinde, in der eine natürliche Person wohne.

Der Kläger beantragt, den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Berlin vom 9. August 2016 und den Bescheid des Beklagten vom 8. März 2013 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 16. Oktober 2013 aufzuheben und festzustellen, dass

der Beklagte verpflichtet ist, die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung monatlich per Verrechnungsscheck, Zahlungsanweisung zur Verrechnung oder per Postanweisung an ihn zu $\frac{1}{4}$ bermitteln.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zur $\frac{1}{4}$ ckzuweisen.

Er verweist auf seinen bisherigen Vortrag.

Das Verfahren hat zwischenzeitlich geruht, da der Ausgang des beim Bundessozialgericht (BSG) anhängigen Verfahrens [B 8 SO 6/16 R](#), das einen ähnlich gelagerten Sachverhalt aufwies, abgewartet werden sollte. Dieses Verfahren endete mit einem Anerkenntnisurteil nach Anerkenntnis des dortigen Sozialhilfeträgers.

In einem Erörterungstermin vor dem Landessozialgericht am 12. Dezember 2018 hat die Vertreterin des Beklagten mitgeteilt, dass bei ihrer Behörde die technischen Möglichkeiten, einen Verrechnungsscheck zu schicken, nicht mehr gegeben seien. Dies hat der Beklagte in einem Schriftsatz vom 4. Februar 2019 bestätigt.

Auch ein Post- oder Barscheck müsste bei einer Bank eingekauft werden. Insofern erschließe sich nicht, weshalb es dem Kläger nicht möglich sein sollte, die Kontoverbindung einer Person seines Vertrauens zu benennen, um seine Leistung pünktlich und regelmäßig zu erhalten.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der eingereichten Schriftsätze der Beteiligten und die übrigen Akteninhalte verwiesen.

Die den Kläger betreffenden Verwaltungsakten des Beklagten haben dem Senat vorgelegen und sind Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung ist zulässig, insbesondere form- und fristgerecht eingelegt worden ([§ 151](#) Sozialgerichtsgesetz â SGG -). Sie ist jedoch nicht begründet.

Der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Berlin vom 9. August 2016 und der Bescheid des Beklagten vom 8. März 2013 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 16. Oktober 2013 sind rechtmäßig und verletzen den Kläger nicht in seinen Rechten. Er hat keinen Anspruch auf Zahlung seiner Grundsicherungsleistungen per Scheck, Zahlungsanweisung zur Verrechnung oder per Postanweisung.

Zutreffende Klageart ist die Anfechtungs- und Feststellungsklage. Der Beklagte hat dem Kläger einen Bescheid dahingehend erteilt, dass er die Auszahlung der GruSi

per Postanweisung ablehnt. Allerdings handelt es sich bei der Äberweisung bzw. Äbermittlung der Geldleistung um Realhandlungen, nicht um Verwaltungsakte (Pfl^{1/4}ger in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB I, 3. Aufl., Stand: 26. Juli 2019, [Ä§ 47 SGB I](#), Rn. 48; Klose in Jahn, Kommentar zum SGB I, Stand 31. Juli 2018, Ä§ 47 Rn. 16). In der Ablehnung eines Realaktes liegt aber dann eine Regelung und damit ein Verwaltungsakt, wenn die Ablehnung auf der Grundlage einer Sachentscheidung erfolgt. Dies ist hier der Fall, der Beklagte hat es abgelehnt, die Leistungen der GruSi direkt in die Wohnung des Kl^{1/4}gers zu zahlen. Damit hat er eine eigene Regelung getroffen. Das Begehren des Kl^{1/4}gers musste daher richtigerweise dahin gehen, den entgegenstehenden Verwaltungsakt aufzuheben. Im Äbrigen ist die Feststellungsklage gem^{1/4}Ä [Ä§ 55 SGG](#) hier die richtige Klageart. [Ä§ 55 Abs. 1 SGG](#) lautet: Mit der Klage kann begehrt werden

1. die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines Rechtsverh^{1/4}ltnisses,
2. (), wenn der Kl^{1/4}ger ein berechtigtes Interesse an der baldigen Feststellung hat.

Mit der Leistungsklage, die Äblicherweise zur Durchsetzung von Realakten dient, und die gegen^{1/4}ber der Feststellungsklage subsidi^{1/4}er ist, wird dem Kl^{1/4}ger hier nicht geholfen sein, da sie sich jeweils nur auf einen f^{1/4}lligen Anspruch auf Leistungen der GruSi beziehen kann, er also gegebenenfalls monatlich erneut einen Rechtsstreit f^{1/4}hren m^{1/4}sste (vgl. zum gegebenen Feststellungsinteresse in einem solchen Fall Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, Kommentar zum SGG, 12. Aufl. 2017, Ä§ 55 Rn. 19b). Ein Feststellungsinteresse kann insbesondere bei einer Wiederholungsgefahr gegeben sein (vgl. Keller, a.a.O. Ä§ 55 Rn. 15 b). Da der Kl^{1/4}ger die Auszahlung an seiner Haust^{1/4}r monatlich begehrt, ist eine Wiederholungsgefahr gegeben.

Da die besonderen Teile des Sozialgesetzbuches, hier die Regelungen des SGB XII, keine anderen Regelungen bzgl. der Zahlungsweise der Leistungen enthalten, findet [Ä§ 47 SGB I](#) in der Fassung des Gesetzes zur Neuorganisation der bundesunmittelbaren Unfallkassen, zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes und zur Änderung anderer Gesetze (BUK-NOG) vom 19. Oktober 2013, [BGBl. I Seite 3836](#), als Rechtsgrundlage f^{1/4}r den vom Kl^{1/4}ger geltend gemachten Anspruch Anwendung. Dessen Voraussetzungen sind zur Äberzeugung des Senats aber nicht erf^{1/4}llt. Die genannte Vorschrift lautet:

Soweit die besonderen Teile dieses Gesetzbuchs keine Regelung enthalten, sollen Geldleistungen kostenfrei auf ein Konto des Empf^{1/4}ngers bei einem Geldinstitut, f^{1/4}r das die Verordnung (EU) Nr. 260/2012 des Europ^{1/4}ischen Parlaments und des Rates vom 14. M^{1/4}rz 2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Gesch^{1/4}ftsanforderungen f^{1/4}r Äberweisungen und Lastschriften in Euro und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 (ABl. L 94 vom 30.3.2012, S. 22) gilt, Äberwiesen oder, wenn der Empf^{1/4}nger es verlangt, kostenfrei an seinen Wohnsitz innerhalb des Geltungsbereiches dieser Verordnung Äbermittelt werden.

Es ist nicht [Ä§ 47 SGB I](#) in der Fassung des Gesetzes vom 11. Dezember 1975, [BGBl. I Seite 3015](#), g^{1/4}ltig vom 1. Januar 1976 bis zum 24. Oktober 2013 (also auch zu dem Zeitpunkt, in dem der hier angefochtene Verwaltungsakt erging), der ohnehin

einen im Wesentlichen gleichen Regelungsgehalt hatte, anwendbar, da es sich um eine Feststellungsklage handelt, die nur für die Zukunft wirken kann, weil eine Auszahlung für die bereits gezahlten Grundsicherungsleistungen nicht mehr erfolgen kann.

Der Begriff "Wohnsitz" im Sinne des [Â§ 47 Abs. 1 SGB I](#) ist dahingehend zu verstehen, dass damit nicht die Wohnung, sondern die kleinste politische Einheit gemeint ist. Hier wäre dies der Bezirk des Landes B, in dem der Kläger wohnt, also der Bezirk B gegebenenfalls auch, wenn man einen Bezirk des Landes B nicht als politische Einheit sieht, das gesamte Gebiet des Landes B. Die Frage, was unter "Wohnsitz" zu verstehen ist, ist allerdings umstritten. Mit der Auslegung des Begriffes "Wohnsitz" steht und fällt die Frage, ob der Kläger einen Anspruch auf Übermittlung seiner GruSi-Leistungen direkt an seine Wohnung.

Der Begriff des Wohnsitzes ist in [Â§ 30 Abs. 3 SGB I](#) geregelt. Diese Vorschrift lautet:

Einen Wohnsitz hat jemand dort, wo er eine Wohnung unter Umständen innehat, die darauf schließen lassen, dass er die Wohnung beibehalten und benutzen wird. Den gewöhnlichen Aufenthalt hat jemand dort, wo er sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass er an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorübergehend verweilt.

Nach der wohl herrschenden Meinung entspricht der Begriff des "Wohnsitzes" im Sinne des [Â§ 30 Abs. 3 SGB I](#) demjenigen des [Â§ 7](#) Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) (so Urteil des Landessozialgerichts LSG Rheinland-Pfalz vom 19. März 2015, Az. [L 5 SO 229/14](#), juris Rn.; LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 16. April 2013, Aktenzeichen [L 11 R 190/12](#), juris Rn. 32; Pfeiffer, a.a.O., [Â§ 47 Rn. 32](#); Häxlein in Knickrehm/Kreikebohm/Waltermann, Kommentar zum SGB I, 4. Aufl. 2015, [Â§ 47 Rn. 3](#); Bigge in Eichenhofer/von Koppenfels-Spieß/Wenner, Kommentar zum SGB I, 2. Aufl. 2018, [Â§ 47 Rn. 6](#); so wohl im Ergebnis auch Lilge in Lilge, Kommentar zum SGB I, 4. Auflage [Â§ 47 Rn. 33](#)). [Â§ 7 BGB](#) lautet:

(1) Wer sich an einem Orte ständig niederlässt, begründet an diesem Ort seinen Wohnsitz.

(2) Der Wohnsitz kann gleichzeitig an mehreren Orten bestehen.

(3) Der Wohnsitz wird aufgehoben, wenn die Niederlassung mit dem Willen aufgehoben wird, sie aufzugeben.

Wohnsitz im Sinne des [Â§ 7 BGB](#) ist der Ort, an dem sich der räumliche Schwerpunkt der Lebensverhältnisse einer Person befindet. Dabei ist der Wohnsitz nicht die Wohnung, sondern die kleinste politische Einheit (in der Regel ist dies die Gemeinde), in der die Wohnung liegt. Das ergibt sich aus der Verwendung des Begriffes "Ort" in [Â§ 7 Abs. 1 BGB](#). Ist die Gemeinde in mehrere Bezirke unterteilt, ist entscheidend, in welchem dieser Teile die Wohnung gelegen ist. Sollten sich die Gemeindegrenzen verändern, so ändert sich folglich der Wohnsitz entsprechend

(Martinek in: Herberger/Martinek/Rämann/Weth/Wärddinger, jurisPK-BGB, 8. Aufl., Stand: 14. Januar 2020, [Â§ 7 BGB](#), Rn. 5).

Die Vertreter der gegenteiligen Auffassung, nämlich dass mit "Wohnsitz" im Sinne des [Â§ 30 Abs. 3 SGB I](#) und damit auch im Sinne des [Â§ 47 Abs. 1 SGB I](#) die Wohnung und nicht nur der Ort, also die Gemeinde gemeint ist, berufen sich darauf, dass der entscheidende Unterschied zur Niederlassung nach [Â§ 7 BGB](#) darin bestünde, dass der Sozialleistungsberechtigte einen Wohnsitz nur dort begründen könne, wo er über eine Wohnung verfüge (vgl. Mrozynski, Kommentar zum SGB I, 5. Aufl. 2014, Â§ 47 Rn. 10 und 10 a). Die gegenteilige Auffassung sei auch unpraktikabel. Die politische Gemeinde sei keine ausreichende Postanschrift. Wenn ein Leistungsberechtigter seinen Wohnsitz z.B. in Berlin oder München habe, dann müsse dorthin, und nicht an die Wohnung, überwiesen werden. Es könnte also auf dem üblichen postalischen Wege überhaupt nicht ausgezahlt werden. Weiter wird vorgetragen, dass mit der Pflicht zur Übermittlung an den Wohnsitz ursprünglich die schlichte Auszahlung des Geldbetrages durch einen Boten gemeint gewesen sei, z.B. ursprünglich die Auszahlung der Renten durch den Rentendienst der Deutschen Bundespost. Allein die Bereitstellung des Geldbetrages am Wohnsitz (bei Post, Bank oder Verwaltungsstelle zur Auszahlung) sei nicht ausreichend, denn der Berechtigte sei nicht zur Abholung der Geldleistung verpflichtet (vgl. Klose in Jahn, Kommentar zum SGB I, Stand 31. Juli 2018, Â§ 47 Rn. 27). Heinze in Bochumer Kommentar zum Sozialgesetzbuch, Allgemeiner Teil, 1. Aufl. 1979, Â§ 47 Rn. 5, argumentiert mit der Geschichte der Vorschrift. "Übermittlung am Wohnsitz des Empfängers" bedeute die Auszahlung durch Postanweisung, da [Â§ 47 SGB I](#) insgesamt dem antiquierten Anstehen nach Sozialleistungen am Postschalter ebenso ein Ende bereiten wollen, wie der antiquierten Barauszahlung beispielsweise durch die Gemeindekasse oder die Zahlstelle des Leistungsträgers. Dass die Formulierung "an seinen Wohnsitz übermitteln" praktisch lediglich die postalische Anweisung des Geldes an den Empfänger als zulässig erscheinen lasse, folge bereits daraus, dass [Â§ 30 Abs. 3 SGB I](#) anstelle des bürgerlich-rechtlichen Wohnsitz-Begriffes den steuerrechtlichen Begriff zur Bestimmung des Wohnsitzes aufgenommen und damit die Wohnung des Leistungsempfängers, nicht aber die politische Gemeinde, in der die Wohnung liege, zum ausschlaggebenden Kriterium neben dem gewöhnlichen Aufenthaltsort erhoben habe.

Diese Argumentation ist jedoch nicht stichhaltig. Zutreffend ist zwar, dass in [Â§ 30 Abs. 3 SGB I](#) der steuerrechtliche Begriff des Wohnsitzes übernommen wurde. [Â§ 8 Abgabenordnung \(AO\)](#) lautet:

Einen Wohnsitz hat jemand dort, wo er eine Wohnung unter Umständen innehat, die darauf schließen lassen, dass er die Wohnung beibehalten und benutzen wird.

Zutreffend ist auch, dass das Steuerrecht und ihm folgend das Sozialrecht einen eigenen, vom bürgerlichen Recht abweichenden Wohnsitzbegriff entwickelt hat. Der steuerliche Wohnsitzbegriff des [Â§ 8 AO](#) unterscheidet sich von dem der [Â§ 7](#) und [8 BGB](#) allerdings (nur) dadurch, dass er nicht auf den rechtsgeschäftlichen Willen des Steuerpflichtigen, sondern auf die tatsächliche Gestaltung abstellt und

insgesamt an äußerliche Merkmale anknüpfen. Subjektive Momente sind unbeachtlich (vgl. Dringelen in Tipke/Kruse, Kommentar zur Abgabenordnung, Stand Oktober 2019, § 8 Rn. 2). Im Übrigen weicht die Definition des Wohnsitzes jedoch nicht von der des BGB ab. Auch hier ist der geographische Ort gemeint, an dem sich die Wohnung befindet (BFH, Urteil vom 24. Juli 1996, Az. [I R 74/95](#), juris Rn. 16 = [BFHE 181, 410](#); Dringelen, a.a.O., § 8 AO, Rn. 1a).

Auch die Argumentation, der Berechtigte, hier also der Kläger und Grundsicherungsempfänger, sei nicht zur Abholung der Geldleistung verpflichtet, überzeugt nicht. Unabhängig davon, ob man die Erfüllung der Zahlungsverbindlichkeit als sogenannte "qualifizierte Schickschuld" oder als "modifizierte Bringschuld" ansieht (vgl. zu diesem Meinungsstreit Bittner/Kolbe in Staudinger, Kommentar zum BGB, Neubearbeitung 2019, § 270 BGB Rn. 1ff), ist in beiden Fällen die Leistung jedenfalls gemäß § 270 Abs. 1 BGB dem Gläubiger, hier dem Kläger, an dessen Wohnsitz zu übermitteln. Wohnsitz ist jedoch, wie oben erläutert, die Gemeinde, in der der Gläubiger seine Wohnung innehat. Auch hieraus ergibt sich nicht, dass die Geldschuld direkt in die Wohnung des Klägers übermitteln werden muss.

Möglich ist nach ganz herrschender Meinung jedoch in Ausnahmefällen auch eine Übermittlung direkt in die Wohnung des Leistungsempfängers. Da § 47 Abs. 1 SGB I eine Sollvorschrift ist, kommt in atypischen Fällen unter Berücksichtigung des § 33 Satz 2 SGB I ausnahmsweise ein Anspruch auf Barauszahlung der Leistungen in der Wohnung in Betracht (vgl. LSG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 19. März 2015, Az. [L 5 SO 229/14](#), juris Rn. 14; Bigge, a.a.O., § 47 Rn. 6; Pfleger, a.a.O., § 47 Rn. 32). Die zuletzt genannte Vorschrift lautet:

Ist der Inhalt von Rechten oder Pflichten nach Art oder Umfang nicht im einzelnen bestimmt, sind bei ihrer Ausgestaltung die persönlichen Verhältnisse des Berechtigten oder Verpflichteten, sein Bedarf und seine Leistungsfähigkeit sowie die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen, soweit Rechtsvorschriften nicht entgegenstehen. Dabei soll den Wünschen des Berechtigten oder Verpflichteten entsprochen werden, soweit sie angemessen sind.

Im Falle des Klägers sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt. Für ihn sind zwar mittlerweile ein GdB von 60 und das Merkzeichen G festgestellt, dies allein reicht jedoch für die Feststellung besonderer Umstände nicht aus. Gemäß § 229 Abs. 1 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) ist in seiner Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt, wer infolge einer Einschränkung des Gehvermögens (auch durch innere Leiden oder infolge von Anfällen oder von Störungen der Orientierungsfähigkeit) nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten oder nicht ohne Gefahren für sich oder andere Wegstrecken im Ortsverkehr zurücklegen vermag, die üblicherweise noch zu Fuß zurückgelegt werden. Die üblicherweise im Ortsverkehr zurückgelegte Strecke beträgt zwei Kilometer in ca. 30 Minuten (Vogl in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB IX, 3. Aufl., Stand: 15. Januar 2018, § 229 SGB IX, Rn. 15). Rechtsfolge der Zuerkennung des Merkzeichens G ist, dass der behinderte Mensch eine unentgeltliche Beförderung im öffentlichen Personennahverkehr wahrnehmen kann. Laut Internet-Auskunft der

Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) kann der Kläger von seiner Wohnung in der H in Berlin das Bezirksamt Berlin in der M barrierefrei in 35 Minuten erreichen. Dabei fallen Fußwege von max. 350 m zwischen den Umstiegen an (Fußweg von seiner Wohnung bis zur Tram 10 ca. 130 m, Fußweg von der Tramhaltestelle U-Bahnhof B Strasse bis zum Aufzug ca. 225 m, vom Aufzug zum Bahnsteig der U 8 ca. 70 m, am U-Bahnhof O Straße Fußweg bis zum Aufzug ca. 45 m, dann erneut 95 m und vom Aufzug Fußweg ca. 75 m zum Bahnsteig der U 9. Vom U-Bahnhof L zum Aufzug ca. 45 m und dann inklusive Treppe Fußweg zum Standort M des Beklagten insgesamt 280 m). Der Senat hat keine Zweifel, dass der Kläger diese Strecke bewältigen kann und auch regelmig bewältigt hat, da er tatsächlich seine GruSi-Leistungen in der Dienststelle des Beklagten abgeholt hat. Auch müsste er, worauf das Sozialgericht bereits zutreffend hingewiesen hat, auch dann eine Strecke, entweder zur Post oder zur Bank, bewältigen, wenn er einen Scheck zur Verrechnung erhalten würde.

Die von dem Kläger geltend gemachten Erkrankungen sind nicht geeignet, zu einem anderen Ergebnis zu kommen. Diese stehen einer Bewältigung von Wegstrecken auch tatsächlich nicht im Wege, wie sich bereits daraus ergibt, dass der Kläger im dritten Stock ohne Fahrstuhl wohnt und häufig außer Hauses ist, wie sich aus den Angaben seiner Nachbarn in der Vergangenheit ergibt. Der Senat sah sich daher nicht gehalten, medizinische Ermittlungen durchzuführen.

Die Kostenentscheidung folgt aus [ 193 SGG](#).

Die Revision war zuzulassen, da höchststrichterlich nicht ausreichend geklärt erscheint, wie der Begriff des Wohnsitzes in [ 47 SGB I](#) zu verstehen ist, d. h., es ist grundsätzliche Bedeutung im Sinne des [ 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG](#) gegeben.

Erstellt am: 20.04.2020

Zuletzt verändert am: 22.12.2024